

## **Postulat über die Förderung einer bedarfsgerechten Medienerziehung der Kinder und Jugendlichen**

eröffnet am 23. März 2010

Die Regierung wird gebeten, zu prüfen, welche Massnahmen im Bereich der Elternbildung zur Förderung einer bedarfsgerechten, präventiven Medienerziehung unserer Kinder erforderlich sind, unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Aufgaben der Eltern einerseits und Aufgaben der Schule andererseits im Bereich der Medienerziehung,
- bestehende Angebote der Elternbildung gegenüber den gestiegenen Anforderungen an die Medienerziehung,
- Gewährleistung, dass alle Eltern über die spezifischen Angebote der Elternbildung, namentlich zur Medienerziehung, Kenntnis erhalten,
- Gewährleistung des Zugangs zu den Angeboten der Elternbildung durch geeignete Finanzierungsmodelle,
- zweckmässige Zuständigkeitsregelung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Elternbildung.

### **Begründung:**

Die technologischen Entwicklungen ermöglichen heutzutage einen weltweiten Zugang zu Informationen, Bildern, Filmen und Computerspielen über das Internet und das Fernsehen. Dieser Zugang ist – ohne entsprechende Vorkehrungen – auch für Kinder und Jugendliche jederzeit möglich. Dies ruft nach vermehrtem Handlungsbedarf in der Erziehungsarbeit. Es stellen sich insbesondere erhöhte Anforderungen an die Medienerziehung. So hält es auch die Regierung in ihren Antworten auf M 543 und M 520 zu Recht fest. Die Erziehungsverantwortlichen müssen sich entsprechende Kompetenzen aneignen können. Die Sensibilisierung und das Grenzen setzen vor den Gefahren eines undifferenzierten, schrankenlosen Medienkonsums sind zu fördern. Dabei ist auch der grossen Schwierigkeit, dass breite Elternkreise durch Elternbildungsangebote nur schwer zu erreichen sind, zu begegnen. Dies könnte zum Beispiel durch persönliches Kontaktieren seitens von Beratungsstellen ermöglicht werden, so wie es bei den Mütter-/Väterberatungsstellen seit vielen Jahren die Praxis ist. Weiter dürfen finanzielle Verhältnisse für Eltern kein Hinderungsgrund sein, Zugang zu adäquaten Weiterbildungs- und Beratungsangeboten für verbesserte Medienkompetenz zu haben. Eltern müssen in Selbstverantwortung ihre

Erziehungsaufgabe wahrnehmen und sich die dafür erforderlichen Kompetenzen aneignen können. Dies hat unter Berücksichtigung des Bildungsauftrags der Volksschule und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu erfolgen.

*Knüsel Kronenberg Marie-Theres*

Schönberger-Schleicher Esther

Müller-Kleeb Erna

Peyer Ludwig

Eggerschwiler-Bättig Hedy

Frey-Neuenschwander Heidi

Muff Irene

Bucher Peter

Brugger Kalfidis Pia Maria